

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 32

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



**Der Generalsekretär der UNO
beim Chef des Eidg. Politischen Departements**

Der zweite Tag der Anwesenheit des Generalsekretärs der UNO, Trygve Lie, in Bern war vorwiegend politischen und rechtlichen Besprechungen im Zusammenhang mit den UNO-Dienststellen in Genf gewidmet. Die grösste Bedeutung dürfte der Zusammensetzung von Trygve Lie mit dem Chef des Politischen Departements, Bundesrat Petitpierre, zukommen. — Unser Bild zeigt, von links nach rechts sitzend, den Vertreter des Generalsekretariats der UNO in Genf, Moderow, Bundesrat Petitpierre und Generalsekretär Trygve Lie. Dahinter stehend Legationsrat Secrétan, den Chef der Sektion für internationale Organisationen im Politischen Departement, vor Beginn der Besprechungen am Samstagvormittag. (Pressbild)



**Der englische Gesundheitsminister zum Ferienaufenthalt
in der Schweiz eingetroffen**

Der englische Gesundheitsminister Aneurin Bevan (links) an der Seite des Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Nationalrat Dr. Oprecht, kurz nach der Landung in Dübendorf (Photopress)

**Der neuste Typ
schweiz. Luftwaffe
Fluge**

Gegenwärtig werden auf dem Flugplatz Dübendorf die in England gekauften Vampir-Dessjäger erprobt und von schweizerischen Piloten gesteuert. Das erste Auftritt dieser mit 900 km Stundengeschwindigkeit fliegenden Typen über dem Dübendorfer Flugplatz erregte bereits großes Aufsehen. — Wir zeigen einen dieser Dessjäger im Fluge über dem Dübendorfer Flugfeld. (Photopress)

**Ein königliches
Präsent**

Die Herrscherin von Holland, Königin Wilhelmine (vorne links im Bild) hat anlässlich ihres Besuches beim englischen Königshaus das sem 36 Pferde, Grauschimmel, als Präsent überbracht, wodurch sich die englische Königsfamilie sozusagen vollständig bedankt. König Georg, von der Spenderin begleitet, schreitet im Buckingham-Palast die edlen Tiere ab. (ATP)

**Eröffnung der Session
des UNRRA-Rates
in Genf**

Blick auf das Präsidentenpodium während der Ansprache des Generalsekretärs der UNO, Links, sitzend, erkennbar den Generaldirektor der UNRRA, Guardia. (Photopress)

Links:

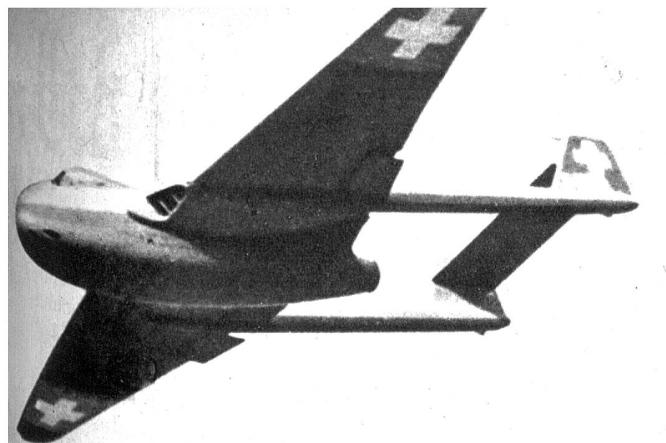
**Die Friedenskonferenz in Paris
Große Soirée in
der Opéra**

Russlands Delegation gibt sich zur grossen Soirée. Die Treppe ist flankiert von historischen Kürassieren, die weil Damen der Opéra in ihren Theaterkostümen den Herren Programme überreichen. (Photopress Suisse Parc)

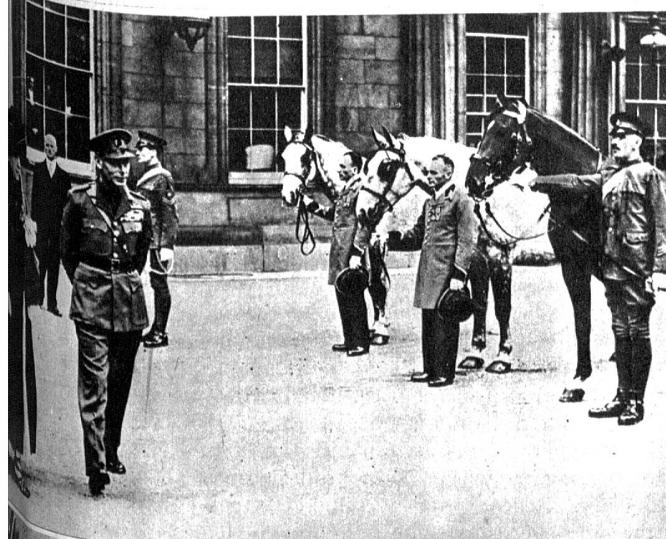
**Ein italienisches
Portemonnaie...**

Auch in Italien muss man heute ordentlich Papiermassen mitschleppen, wenn man auf Einkäufe geht. Hier sieht man einen Italiener, der neulich gleich mit einem Koffer voll Banknoten an einer Auktion erschien, wo Fascisten eingeschlossene Wertsachen versteigert wurden. (Photopress)





In Anwesenheit hoher Militärs und der Militärrattachés der ausländischen Gesandtschaften in der Schweiz wurde in Murgenthal am XVI. Eidg. Pionierwettfahren die jüngste Waffe unserer Pontoniere, das «Sturmboot» vordemonstriert. Unsere Pontoniere zeigten sich mit dem äusserst wendigen, aber nur mit grosser Geschicklichkeit steuerbaren Flussfahrzeug restlos vertraut. (ATP)



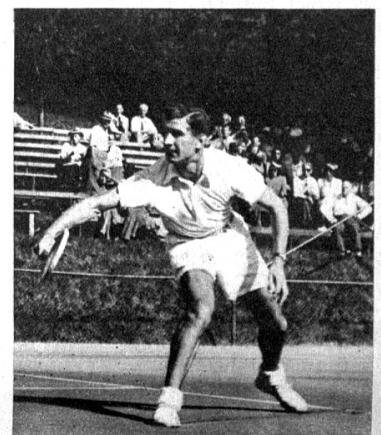
Im Final um die schweizerische Vereinsmeisterschaft in Basel hatten die Zürcher einen wichtigen Punktesammler in ihrem Hürdler Werner Christen, der trotz scharfer Konkurrenz sowohl über 110-m-Hürden mit 15,2 Sek., als auch über 400-m-Hürden mit 55 Sek. absolute Bestzeiten aufstellte. (ATP)



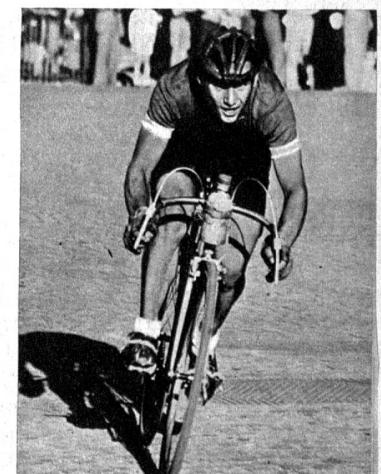
Eine fabelhafte Schwimm-Langstrecken-Rekordleistung: Ein 21-jähriger schwimmt 30 km in 10 Std., 31 Min., 55 Sek. — Unser Bild zeigt den Schwimmer Sepp Schenk nach seiner Rekordleistung Rapperswil — Zürich. Er schwamm ausschliesslich im Crawl-Stil. (Photopress)



Auf dem prachtvollen Naturschwingsplatz auf der Brünigpasshöhe schlüpften die starken Männer am Sonntag in die Schwingshosen, um die Kämpfe um den Brünig-Schwingerkönigstitel auszutragen. — Unser Bild: Der starke Senne Bellmont aus Zollikofen (links), der zusammen mit Aplanalp im ersten Range steht, bringt hier Vogt Arnold, Muttenz, nicht auf die Schultern. Der Gang endete unentschieden.



In dem auf den Zürcher Grasshopperplätzen ausgetragenen ersten Tennis-Länderkampf Schweiz gegen England wurde das britische Team förmlich überrannt und mit 15:2 Punkten besiegt. Der erfolgreichste schweizerische Spieler war René Buser. (ATP)



Ausgezeichnete in- und ausländische Spitzensfahrer stellten sich am Sonntag dem Starter zum Vereins-Omnium in Zürich. Das Punktefahren über 100 Runden gewann vor bester ausländischer Konkurrenz der Weltmeisterschaftskandidat Fritz Schaefer (Oerlikon) vor dem Belgier J. La Roye. (Photopress)

POLITISCHE RUNDSCHAU

Hoher Besuch in Bern

—an— Herr Trygve Lie, Generalsekretär der UNO, hat in Genf die Besitztümer des Völkerbundes für die UNO besichtigt und übernommen. Natürlich gab es dabei Verhandlungen mit dem Bundesrat, der denn auch dem Vertreter der neuen Weltorganisation die Zusicherung gab, die Angestellten der grossen Staatenvereinigung, der wir ja vorderhand nicht angehören, würden bei uns genau die gleichen Vergünstigungen geniessen wie die jeder andern internationalen Organisation. Der Fall liegt irgendwie interessant. Wir sind am Ende der letzte aller ehemals neutralen Staaten, der in die UNO aufgenommen wird. Und doch werden wir früher als die andern Behörden der UNO beherbergen. Vielleicht das «Internationale Arbeitsamt». Vielleicht einen neuen internationalen Schiedsgerichtshof. Vielleicht noch andere Institutionen, an die man heute noch nicht denkt. Und während noch die Frage in der Schwebe bleibt, ob und unter welchen Bedingungen man uns eigentlich aufnehmen werde, «amten diese Aemter» schon in Genf und helfen die Wohnungsnot verschärfen, aber auch die erwartete neue Fremdenverkehrswelle erhöhen. Denn zu allen andern Attraktionen der Rhonestadt wird eben diese neue kommen, ihr Ruf, neuerdings eine Art «Nebenhauptstadt» der Welt zu sein...

Warum sind wir eigentlich immer noch nicht zur Aufnahme angemeldet? Schweden, so hiess es am vergangenen Samstag, werde sein Gesuch einreichen, bevor die Frist verstrichen sei. Und sie verstrich am Montag. Im September behandelt die Generalversammlung der UNO die rechtzeitig eingegangenen Gesuche. So dasjenige Irlands. Wir aber sind «nicht in dem Ding»... Sind nicht dabei, wenn in Paris der Friede gezimmert wird. Sind nirgends dabei, wo gemarktet und geratschlagt wird, wie die neue Welt gebaut werden solle. Wollen wir's bedauern? Wir glauben, dass kein Grund dazu besteht.

Erstens scheint man in der UNO bisher kein besonderes Musikgehör für unsern höchsten nationalen Wunsch, die Wahrung der überlieferten Neutralität, entwickelt zu haben. Trygve Lie sagte den Journalisten, die Satzung der «Vereinten Nationen» seien vorhanden, und den Begriff der Neutralität finde man in diesen Satzungen nicht. Hat man Herrn Lie in Bern, und hat man der UNO überhaupt von der einzigen möglichen Begründung unserer künftigen Neutralität innerhalb der UNO gesprochen: Von der Tatsache, das wir als Land des «Internationalen Roten Kreuzes» neutral bleiben und diese übernationale Institution durch unsere Armee beschützen sollen? Als eine Art «Tempelwache» des grossen Hilfswerkes, als Schutztruppe der allen Nationen dienenden Samariteranstalt? Eine solche Wache hätte sich unter keinen Umständen in die Händel der andern einzumischen. Nehmen wir aber diese Rolle auf uns, und wird sie uns übertragen, dann ist die neue internationale Anerkennung unserer traditionellen «Pflicht zur Neutralität» eine Selbstverständlichkeit. Wir möchten hoffen, das unser Bundesrat solchen Möglichkeiten nicht allzufremd gegenüberstehe.

Neben der Konferenz

Sechsundzwanzig Probleme wären es nach Mr. Byrnes, welche die «Grossen Vier» ungelöst an die Vollkonferenz der «21 Nationen» geleitet hätten. Davon bezogen sich zehn auf die Friedensverträge mit den Donaustaaten und Finnland, sechzehn auf den Pakt mit Italien. Wie es 21 Delegationen fertig bringen sollen, das zu klären und zu

schlichten, was vier nicht fertig gebracht, ist eine Frage. Und bleibt eine Frage, solange nicht feststeht, nach welchen Grundsätzen schliesslich abgestimmt werden soll. Denn abgestimmt muss ja wohl werden, wenn zwischen widersprechenden Standpunkten ein Entscheid gefällt werden soll.

In der Tat stellen die Beobachter und Kritiker der Konferenz nach acht Tagen Verhandlungen fest, dass *nach wie vor der Abstimmungsmodus das Hauptproblem überhaupt sei*. Soll in den einzelnen Kommissionen, die nach eifrigem Debattieren und Schieben nach und nach gebildet werden, *mit einfacher Mehrheit oder mit Zweidrittelsmehrheit*, welche die «Vier» vorgeschlagen, entschieden werden? Und welche Mehrheit soll schliesslich in der Vollversammlung gelten? Es wird angenommen, *die Russen* hätten ursprünglich die Zweidrittelsmehrheit gefordert, um nicht jederzeit von einer simplen Mehrheit überstimmt zu werden. Jedenfalls haben in der ersten Konferenzwoche andere und nicht die Russen die einfache Mehrheit gefordert. Die Kommissionsbeschlüsse sind es ja nicht, welche schlussendlich gelten. Wie in jedem Parlament wird auch die Pariser Konferenz solche Kommissionsentscheide als Mehrheitsempfehlungen entgegennehmen, und die Minderheiten werden das Recht bekommen, ihre Meinungen zu begründen. Dass dabei natürlich die Zusammensetzung jeder einzelnen Kommission zu reden gibt, versteht sich von selbst. Vom Präsidenten bis zum letzten Mitglied wird jede Stimme zu wägen sein, und da man so ziemlich im Bilde sein dürfte, nach welcher Richtung etwa die polnische und jugoslawische, die ukrainische und weissrussische Delegation neigen, umgekehrt die australische, kanadische, holländische oder belgische, ringen die Parteien so ziemlich um jeden Sitz in der militärischen, der wirtschaftlichen, der finanziellen und jeder andern der vielen Kommissionen. Denn je nach Zusammensetzung nach Haupt und Gliedern werden auch die «Mehrheitsempfehlungen» ausfallen und werden die «Gegenanträge» der mehr oder minder aktiven Minderheiten zählen.

Man sollte angesichts dieser Umstände nicht allzurash behaupten, die Geschäfte in Paris liefen im Schnecken-tempo, und man sei nach der ersten Woche überhaupt noch nicht einmal zu einem Anfang der Beratungen gekommen. Man vergegenwärtige sich beispielsweise, dass in mehreren der bestellten «Komitees» von der heiklen Frage der Donauschiffahrt gesprochen werden wird. Haben hier die Westmächte, welche die «internationale Donau» fordern, das Uebergewicht, und müssen sich Russen, Polen, Tschechen und Jugoslawen hier majorisieren lassen, nur weil Brasilier, Australier und Südafrikaner mitreden und daselbe Gewicht bei den Beratungen und in der Abstimmung haben, dann empfinden die Staaten der russischen Gruppe so etwas wie eine Einmischung fremder Gewalten in ihre häuslichen Angelegenheiten. Russland, Jugoslawien und die Tschechoslowakei sind mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien die Donau-Uferstaaten, von Deutschland und Oesterreich abgesehen. Alle Anstrengungen der Angelsachsen, die «internationalen Schiffahrtsrechte» von früher wieder herzustellen, gehen in der Tat auf Kosten der absoluten Souveränität der Uferstaaten... rein formell gesehen. Und die Russen haben darum das grösste Interesse, die Verfechter der «Nichteinmischung»... vielleicht bei den Südamerikanern... mobil zu machen. Wogegen die Angelsachsen und ihre nächsten Sekundanten wissen, dass die «offene Donau» zugleich ein «offenes Tor» nicht nur für westliche Ideen sein wird. Darum wer-

den sie alle auf ihrer Seite haben, die *Freizügigkeit auch hinter dem russischen Grenzwall* fordern. Es wagt heute niemand, den Verlauf und den Ausgang der Debatten über die «freie Donau» vorauszusagen. Zu viel hängt daran. Und zu viel wird wohl noch geschehen: ... neben der Konferenz her, was dem ganzen Problem ein neues Gesicht geben könnte, während noch die Verhandlungen schweben. Wir denken dabei an

Oesterreich und Deutschland,

die Donau-Quell-Länder, in deren Bereich sich ja allerlei praktisch entscheidet, was der Konferenz vorausläuft und nur darauf wartet, von den «21 Nationen» als schon zu Recht bestehend anerkannt und kodifiziert zu werden. Von nachhinkenden Kommissionen und einer Vollversammlung, die auch nur noch Ja und Amen sagen oder aber höchstens protestieren kann.

Den stillen Kampf um die österreichische Wirtschaft, den die Russen auf der einen, die Amerikaner und Oesterreicher auf der andern Seite führen, haben wir ja seit einigen Wochen beobachten können. Als die Russen in ihrem Sektor zur Beschlagnahme sämtlichen deutschen Besitzes schritten, antworteten die Amerikaner zunächst mit der *Schenkung der Hermann-Göring-Werke in Linz an den österreichischen Staat*, später mit der Schenkung anderer Werke, die sie ebensogut als Beute hätten betrachten dürfen, wie es die Russen in ihrer Zone getan. Die österreichische Regierung aber «nationalisierte» im gesamten Staatsgebiet... theoretisch natürlich... was sie als Oesterreich gehörig betrachtete. So besteht heute eine Art Prozesslage, indem eine ganze Anzahl wichtiger Objekte von der einen wie von der andern Seite als Staatsbesitz angesprochen werden. Nach dem Gericht, das diesen Prozess entscheiden wird, halten natürlich vor allem die Oesterreicher Ausschau. Die Amerikaner leihen ihnen moralische Unterstützung, anerkennen ihren Standpunkt durch Zuwendung weiteren Besitzes, der sich in gleicher Rechtslage befindet wie der von den Russen beanspruchte und erheben überdies die Forderung nach einer Räumung Oesterreichs durch alle fremden Besatzungen.

Die neueste Antwort der Russen besteht in der *Einrichtung einer russischen Staatsbank*, welche den Besitz aus der deutschen Beute verwälten soll. Vermutlich erwarten sie von der Wiener Regierung, dass sie, ähnlich wie die ungarische gegenüber den russischen Erdöl-Unternehmungen, Zollfreiheit ausspreche gegenüber den sämtlichen russischen Staatsunternehmungen auf österreichischem Boden. Nur dass Moskau in Wien nicht dieselben Handhaben wie in Budapest besitzt. Oesterreich ist «befreites», nicht aber «besiegtes» Land und wird der Theorie nach nur geschröpfpt, damit es leichter die Naziinfektion los werde, und damit es helfe, den Alliierten den unzweifelhaft deutschen Besitz ausliefern. Aber: Es hat *keinen Waffenstillstand, keine Verpflichtung, den Russen Milliarden zu bezahlen*, unterzeichnet! Die Russen können darum keine besondern Entgegenkommen einhandeln wie von den Ungarn, welchen sie die ersten Jahreszahlungen ermässigt und eine Verspätungsbusse von sechs Millionen Dollars geschenkt hat.

Alles, was in Oesterreich schwer vonstatten geht, weil hier rechtliche Schranken bestehen, geht von selber im *deutschen Gebiete*, genau wie in *Ungarn* und *Rumänien*. Möglicherweise staunen die Engländer und Amerikaner eines Tages, wenn es zu Verhandlungen über den deutschen Friedenspakt kommt, wie dicht das *Netzwerk russischer Beteiligungen in der deutschen Wirtschaft* gewoben wurde, und welchem «fait accompli» sie gegenüberstehen. Es geht schliesslich um die zu schaffenden Rechtstitel, unter welchen man die Ablieferungen der gross angekurbelten deutschen Industrien für den russischen Wiederaufbau legalisiert und verewigt. Der «deutsche Staat», deutsche Ge-

meinden, Gewerkschaften, Genossenschaften als Besitzer, der russische Staat als Mitbesitzer, der «auf Reparationskonto» herauftaucht und verrechnet, was das beispiellos verheerte Russland haben muss... so sieht das russische System aus. Und gibt es einen «Frieden für die Deutschen», wird dieses russische System im Vertrage verankert, der diesen Frieden fixiert. Solches läuft hier den Friedensverhandlungen voraus... und wird der Donaudebatte und den Verträgen mit Ungarn und Rumänien vorauslaufen!

Die angelsächsische Gegenaktion

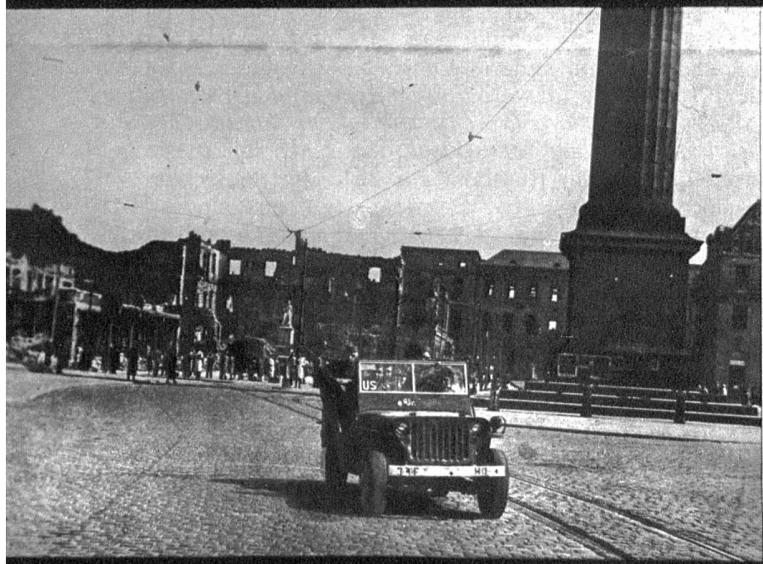
hat mit dem *britischen Beschluss, ihre Zone mit der amerikanischen zusammenzulegen, eingesetzt*. Formell sind alle vier Mächte eingeladen worden, die Zusammenarbeit aufzunehmen. Aber schon an der *Stuttgarter Konferenz*, wo die *Aufhebung der Telephon- und Telegraphensperre* zwischen beiden angelsächsischen Zonen beschlossen wurden, fehlten die Russen wie die Franzosen. Es wird nun wohl rasch gehen. Der *bayrische Süden* findet für seine landwirtschaftlichen Ueberschüsse hungrige Abnehmer im Ruhrgebiet, und die nicht leicht übersehbaren Austauschmöglichkeiten werden die Lage vielfach erleichtern. Es ist überdies zu erwarten, dass die *amerikanische Ernte* auch die Freigabe grösserer Bestände für die deutsche Westzone ermöglicht, als früher vorgesehen worden.

Könnte man nur in dieser Gegenaktion einen sichern Beweis für die britisch-amerikanische Zusammenarbeit auf der ganzen Linie, eine Probe für die «Idee der atlantischen Politik» sehen! Leider entsprang das *Zusammengehen im Falle Deutschland lediglich der finanziellen Sorge beider Mächte*, die mit Schrecken ausrechneten, was die Besetzung kostet, und was sie überdies für die Fütterung der Deutschen auslegen müssten. Die Russen müssten eigentlich diese Fütterungskosten bezahlen, hielten sie doch die Lebensmittel zurück, die der Westen aus dem Osten bekommen sollte. So argumentiert die unzufriedene Kritik. Und übersieht ein anderes Uebel, auf welches die Russen mit aller Schärfe hinweisen: *Die Hemmung der deutschen Produktion durch eine schwerfällige amerikanische und vor allem auch englische Bürokratie*. Nach der russischen Darstellung nähme Russland nur 25% der deutschen Ostproduktion für sich, die Ernährung der Armee eingeschlossen. «Wären die Angelsachsen überhaupt Organisatoren, würde Westdeutschland längst wieder voll arbeiten und für die Besatzungsmächte Gewinne abwerfen, statt Lasten zu bringen!» Die Zusammenlegung der zwei Zonen führt möglicherweise ein solches Ergebnis herbei, obgleich die Einheitlichkeit der Planung nicht besteht.

Sie besteht leider auch weltpolitisch nicht. Ansonst müsste London nicht auf alles warten, was es von Amerika dringend wünschen muss. Zum Beispiel brauchte der *Kongress in USA sieben Monate, bevor er die Anleihe an England guthiess*. Wie lange wird er brauchen, bis er sich klar wird über die *Unterstützung Englands in der Palästinafrage?* England wird versuchen, mit oder ohne USA-Hilfe eine *Teilung des Landes in jüdische und arabische Kantone*, die sich regional selbst verwälten, jedoch in einer englisch geleiteten Zentralregierung zusammengefasst würden, durchzuführen. *Die USA-Interessen riechen leider nach Petrol*. England soll die Last tragen, soll die Interessen der Juden gegen die Araber verfechten — bei den Engländern will man durchsetzen, was das amerikanische Judentum verlangt. Verfeindet sich London mit den Arabern, werden es die USA sein, die in Saudi-Arabien und anderswo Petrolkonzessionen einhandeln. Möglicherweise macht der *Vorstoß Molotows* den Amerikanern Beine: Er proklamiert, dass nur die UNO das *Palästinaproblem lösen dürfte*. Das heisst, dass sich außer Russland noch einige andere Aussenseiter in einer Region betätigen wollen, welche bisher «Englands Plage» und eine «USA-Interessenplantage» für die Zukunft gewesen.



Vor dem Hauptbahnhof in Nürnberg sitzen und liegen die Schwarzhandler und Schwarzhandlerinnen umher und ständig sind sie auf Geschäftchen ^{aus}. Gleichzeitig haben sie ihre Posten, die vor Razzien zu warnen haben



Oben: Im Herzen von Darmstadt. Unten: Ein Knopfdruck ... und die vier schweren, automatisch gekuppelten Maschinengewehre auf dem Tank vernichten alles Leben, das sich im Falle eines Gefangenenaufstandes zum Tor hinaus drängen möchte



Oben: Die Gefangeneneilager für politische Gefangene sind so streng bewacht wie das Paradies. Unten: Stacheldraht, Maschinengewehre und Bewachungstürme — eigentlich hat nur das System gewechselt, die Art und Weise ist dieselbe geblieben

